

## Inhaltsverzeichnis

Vorwort .....	III
Abkürzungsverzeichnis .....	IX
Literaturverzeichnis .....	XV
 I. Einleitung .....	 1
II. Der Trennungsgrundsatz .....	5
A. Verfassungsrechtliche Genese des Trennungsgrundsatzes .....	5
B. Das Postulat eines Verbots wechselseitiger Instanzenzüge .....	9
1. Allgemeines .....	9
2. Instanzenzug als organisatorische Einheit .....	9
a) Beispiele in der Rsp des VfGH .....	9
b) Überlegungen .....	11
3. Bezugnahme auf die nachgelagerte Entscheidung in derselben Sache .....	14
a) Beispiele in der Rsp des VfGH .....	14
b) Überlegungen .....	15
4. Verbot der Über – bzw Unterordnung als Begründungsansatz .....	23
a) Beispiele in der Rsp des VfGH .....	23
b) Überlegungen .....	23
5. Sukzessive Zuständigkeiten mit dem Trennungsgebot vereinbar .....	28
a) Beispiele in der Rsp des VfGH .....	28
b) Überlegungen .....	29
C. Positionierung des Verfassungsgesetzgebers durch Einführung des Art 94 Abs 2 B-VG .....	37
III. Der verfassungsrechtliche Regelfall der Gerichtsbarkeit des öffentlichen Rechts ....	41
A. Allgemeines .....	41
B. Die historische Entwicklung der Verwaltungskontrolle durch Gerichte 1763-1825 .....	41
C. Die Schaffung und Konzentration der Verwaltungsgerichtsbarkeit ab 1867 bzw 1875 .....	42
D. Bescheidprüfungsduopol und andere Kontrollzusammenhänge in der Rsp .....	47
E. Verwaltungskontrolle durch Verwaltungsgerichte als Regelfall .....	49
IV. Verhältnis des Art 94 Abs 2 B-VG zu sukzessiven Kompetenzen im Lichte des Trennungsgrundsatzes .....	57
A. Allgemeines .....	57
B. Keine Inkorporation sukzessiver Zuständigkeiten in Art 94 Abs 2 B-VG .....	58
C. Inhärentes Verbot neuer sukzessiver Zuständigkeiten? .....	62
D. Das nachdenklich stimmende Erkenntnis VfSlg 20.392/2020 und seine Auswirkungen .....	66
V. Modell der Einbindung ordentlicher Gerichte .....	71
A. Allgemeines .....	71
B. Kompetenz-Kompetenz des einfachen Gesetzgebers? .....	72
1. Art 94 Abs 2 B-VG als Kompetenz-Kompetenznorm in Bezug auf die Vollziehung? .....	72
2. Kompetenzverschiebung durch Betrauung der ord Gerichte im Lichte des Art 82 Abs 1 B-VG? .....	73
3. Ordentliche Gerichte in Art 94 Abs 2 B-VG als reine Behördenkategorie ....	81

## Inhaltsverzeichnis

a) Keine zwingende kompetenzrechtliche Konsequenz der Betrauung ord Gerichte .....	81
b) Gerichte, die potentiell an einem Instanzenzug beteiligt werden können .....	82
C. Typus mittelbare Vollziehung bzw Mitwirkung? .....	87
1. Tätigwerden im Rahmen des Art 94 Abs 2 B-VG und Mitwirkungsbegriff ..	87
2. Möglichkeit der Mitwirkung von ordentlichen Gerichten im System des B-VG .....	89
3. Parallelität zur Verwaltungsgerichtsbarkeit ieS .....	94
D. Conclusio .....	97
E. Konsequenzen .....	97
1. Kostentragung .....	97
2. Haftung für in Vollziehung der Gesetze schuldhaft zugefügte Schäden .....	100
VI. Durch Bundes- oder Landesgesetz .....	103
A. Adressierter Gesetzgeber .....	103
B. Fälle geteilter Gesetzgebungskompetenz .....	105
1. Adressierung des Bundesgesetzgebers als Grundsatzgesetzgeber? .....	105
2. Bundesgesetzgebungskompetenz zur Schaffung unmittelbar anwendbaren Rechts? .....	106
3. Interpretation .....	107
a) Überlegungen zum Begriff „Bundesgesetz“ .....	107
b) Blick zurück zu den UVS .....	108
c) Determinierungsgrad .....	109
d) Überlegungen zur Systematik .....	112
(1) Reziproke Zustimmungspflichtigkeit .....	112
(2) Unstimmigkeiten .....	113
(3) Unterschied im Wortlaut zu den Bestimmungen der Art 129 ff B-VG .....	116
4. Conclusio .....	117
C. Zuständigkeitsfestlegungskompetenz .....	118
1. Ausgangspunkt .....	118
2. Kompetenzrechtliche Bedeutung des Art 83 Abs 1 B-VG .....	118
3. Art 94 Abs 2 B-VG als lex specialis zu Art 83 Abs 1 B-VG .....	123
4. Umfang der Derogation .....	124
a) Sachliche und örtliche Zuständigkeit .....	124
b) Sprengel .....	129
(1) Ausgangspunkt .....	129
(2) Anknüpfung an vorhandene Sprengelbestimmungen .....	131
c) Festlegung namentlicher Zuständigkeiten .....	134
5. Grenzen der Befugnis zur Festlegung von Zuständigkeitsregelungen .....	136
a) Sachlichkeit iSe theoretischen örtlichen Bezugs .....	136
b) Berücksichtigungsprinzip .....	137
D. Verfahrensrechtssetzungskompetenz .....	140
VII. Einzelne Angelegenheiten .....	147
A. Quantitative Beschränkung .....	147
B. „Einzelne Angelegenheiten“ im B-VG .....	147
C. Materialien .....	149
D. Das Regel-Ausnahme-Verhältnis zur Verwaltungsgerichtsbarkeit und zum Verbot von Instanzenzügen .....	152
E. Durch Baugesetz geforderte restriktive Interpretation? .....	154
F. Exkurs: Diskussion zu Art 133 Abs 4 B-VG idF BGBl 1974/444 .....	156
G. Zusammenfassung und Ergebnis .....	160
VIII. Anstelle der Erhebung einer Beschwerde .....	161
A. Tätigwerden und mögliche Kontrollgegenstände .....	161

Inhaltsverzeichnis

B. Ableitung qualitativer Anforderungen an den Rechtsschutz im Instanzen- zug gem Art 94 Abs 2 B-VG .....	171
1. Allgemein .....	171
2. Kassatorik und Meritorik .....	172
3. Ermessensprüfung .....	173
4. Kognitionsbefugnis in Tatsachen- und Rechtsfragen am Beispiel ÜbG .....	175
IX. Rechtsschutz gegen präjudizielle generell-abstrakte Rechtsnormen .....	179
A. Allgemein .....	179
B. Entwicklung des Parteiantrags auf Normenkontrolle .....	179
C. Gestaltgewordenes Ergebnis .....	180
1. Der Wortlaut als Hindernis .....	181
2. Lösung .....	185
D. Spezialproblem bei zweigliedriger Ausgestaltung .....	187
1. Fälle zweigliedriger Ausgestaltung .....	187
2. Scheitern der oben dargestellten Lösung .....	188
3. Eingeschränkte Zulässigkeit der Zweigliedrigkeit .....	192
X. Schluss .....	197
Stichwortverzeichnis .....	203